



*«Diktaturverdächtige Anmassung»: Merkel.*

*Kay Nietfeld (dpa)*

## Gastkommentar

# Der Anfang vom Ende des Systems Merkel

**Der Skandal von Thüringen ist nur durch eine absurde Anomalie der deutschen Politik möglich geworden. Die regierenden Kräfte haben sich darauf verständigt, sich selbst als alleinige «Demokraten» zu privilegieren.**

---

12.02.2020

*Von Alice Weidel*

---

Was ist da in Thüringen geschehen? Eine links-rot-grüne Landesregierung, angeführt von einem Politiker der inzwischen in «Linke» umbenannten SED, hat bei fairen und demokratischen Wahlen verloren. Und eine Mehrheit nichtlinker, bürgerlicher Abgeordneter von AfD, CDU und FDP hat, wie von der Verfassung vorgesehen, in geheimer Wahl, mit der im dritten Wahlgang ausreichenden relativen Mehrheit, einen der Ihren zum Nachfolger des Sozialisten Bodo Ramelow gewählt: den mittelständischen Unternehmer Thomas Kemmerich, Vorsitzenden der kleinsten, der liberalen Fraktion.

In jeder normalen parlamentarischen Demokratie wäre solch ein Machtwechsel ein üblicher, unspektakulärer Vorgang: Hat die Regierungsmehrheit abgewirtschaftet, kommt die Opposition zum Zug. Gefährlich für die Demokratie wird es erst, wenn die Abgewählten sich mit unlauteren Mitteln, vom Regelbruch über die Diffamierung bis zur Ermunterung zur politischen Gewalt, an die Macht klammern und den friedlichen demokratischen Wechsel sabotieren.

Zum Skandal, zur Krise konnte die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen nur durch eine absurde Anomalie der deutschen Politik werden: Die bereits etablierten Kräfte haben sich darauf verständigt, sich selbst als alleinige «Demokraten» zu privilegieren und die binnen

weniger Jahre in alle Parlamente eingezogene Oppositionspartei AfD, ihre Anhänger, Wähler und Mandatsträger zu ächten und auszugrenzen.

Das System Merkel leistet dem Vorschub. Als Kanzlerin und Parteichefin hat Angela Merkel die CDU aus machtpolitischem Opportunismus erst für sozialdemokratische, dann für grüne und radikal linke Positionen geöffnet. Damit hat sie nicht nur die eigene Partei inhaltlich entkernt, sondern auch der kulturmarxistischen Linken den Weg zur Zementierung ihrer Diskurshegemonie geebnet.

Das Ergebnis ist eine beispiellose Linksverschiebung des politischen Spektrums in Deutschland, das die etablierten Parteien, orchestriert von Zwangsgebührenmedien, Mainstream-Presse und staatlich gepöppelten «zivilgesellschaftlichen» Organisationen, einander in den wesentlichen Fragen – EU und Euro, Einwanderung, Energiewende – bis zur Ununterscheidbarkeit angenähert hat.

Bei Bürgern, die die DDR noch erlebt haben, weckt das fatale Erinnerungen an die Blockparteien-Einheitsfront. Kaum verwunderlich also, dass die Bereitschaft, eine Alternative zu wählen, im Osten der Republik noch grösser ist als im Westen.

Die AfD ist vielfach mit Positionen erfolgreich, welche die Etablierten selbst erst vor kurzem aufgegeben haben. Zur Rechtfertigung der Ausgrenzung ihrer Wähler und Abgeordneten wird sie stereotyp als «faschistisch» und ihre Politiker als «Nazi» diffamiert. Das ist nicht nur eine groteske Verharmlosung der furchtbaren NS-Diktatur. Es vergiftet das politische Klima und spaltet die Gesellschaft.

Die eigene Herrschaft für allein demokratisch zu erklären und jeden Nichtlinientreuen zum «Faschisten» zu stempeln, ist stalinistische Kampfrhetorik. Ein Zeichen dafür, wie weit es der Linken bereits gelungen ist, den antitotalitären Konsens der alten Bundesrepublik durch die «antifaschistische» Ideologie der DDR-Diktatur zu verdrängen.

Die politischen Sitten sind darüber verwildert. Die Kanzlerin erklärt eine korrekte demokratische Wahl als «unverzeihlich» und fordert, sie «rückgängig» zu machen – eine diktaturverdächtige Anmassung. Um den Rücktritt des untadeligen FDP-Mannes zu erzwingen, nur weil der mit den «falschen» Stimmen gewählt sei, erpresst sie dessen Partei mit der Drohung, sie aus allen Koalitionen auf Landesebene zu werfen – als wären die sie tragenden Abgeordneten ihre Marionetten.

## **Erster Schritt zur Normalisierung**

Linker Strassenterror, der sich über Nacht nunmehr auch gegen die FDP richtet, tat ein Übriges, um Kemmerich einzuschüchtern. Wer ihm vorschnell gratuliert hat, muss nach Art kommunistischer «Selbstkritik»-Rituale demütig widerrufen oder wird gefeuert wie

der aus Thüringen stammende Ostbeauftragte der Bundesregierung Christian Hirte.

Damit nicht genug: Ein von der Verfassung nicht vorgesehener Koalitionsausschuss von Parteifunktionären masst sich wie ein Politbüro an, Wahlen anzuberaumen und das Wahlverhalten vorzugeben.

Wer die «Demokratieverächter» sind, liegt also auf der Hand: alle, die Gesinnung und «Haltung» über die Respektierung rechtsstaatlicher und demokratischer Regeln stellen. Vorneweg ein linker Ex-Ministerpräsident, der seine Abwahl geschichtsklitternd mit der NS-Machtergreifung vergleicht. Linksextreme Schlägertruppen, die sich als Kämpfer «gegen rechts» zum Terror gegen alles Bürgerliche ermächtigt sehen. Und natürlich die Kanzlerin, die Rechtsstaat und Parlamentarismus beschädigt, die Wahlen, Föderalismus und die Freiheit des Abgeordnetenmandats selbtherrlich missachtet, um einen Sozialisten an der Macht und die bürgerliche Konkurrenz von ihr fernzuhalten.

Ernsthaft bedroht ist die deutsche Demokratie dennoch erst, wenn sie damit durchkommen. Die Ausgrenzung der AfD – in Thüringen stellt sie die zweitstärkste Fraktion, im Bundestag ist sie Oppositionsführer – ist undemokratisch und auf Dauer nicht durchzuhalten, das liegt jetzt offen zutage. Der Rücktritt der CDU-Vorsitzenden von Merkels Gnaden, die diese Ausgrenzung nicht durchsetzen kann, ist ein erster Schritt zur Normalisierung. Der überfällige Abgang einer quasidiktatorisch agierenden Kanzlerin muss zwingend folgen. Die Ereignisse in Thüringen markieren den Anfang vom Ende des Systems Merkel.

**Alice Weidel** ist Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag.